

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz – Sachbericht für das Jahr 2025

Der *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz* (im Folgenden: *Initiativausschuss*) setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz lebenden Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie sowie für das solidarische Zusammenleben in der rheinland-pfälzischen Einwanderungsgesellschaft.

Der *Initiativausschuss* ist ein landesweites Netzwerk der Migrationsarbeit. Er setzt sich zusammen aus Mitarbeiter*innen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Integrationsbeauftragten, Mitgliedern der direkt gewählten Beiräte für Migration und Integration sowie Personen, zusammen, die im Handlungsfeld „*Antirassismus, Asyl, Integration und Migration*“ auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene haupt- oder ehrenamtlich in Vereinen, Projekten oder Initiativen engagiert sind. Durch eine Vielzahl von Vernetzungs- und Informationsangeboten organisiert der *Initiativausschuss* den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen potentiell allen Akteur*innen der Migrationsarbeit in Rheinland-Pfalz.

Über seine Vernetzungsarbeit hinaus bietet der *Initiativausschuss* Fort- und Weiterbildungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und sonstigen Fragestellungen der interkulturellen Arbeit an, berät er Multiplikator*innen in aufenthalts-, asyl- und einbürgerungsrechtlichen Fragen, erarbeitet und vertritt er Positionspapiere und Stellungnahmen zu relevanten migrationspolitischen Themen, leistet er Öffentlichkeits- und Informationsarbeit u.a. durch Pressemitteilungen, öffentliche Informationsveranstaltungen und -broschüren und arbeitet er auf kommunaler sowie landes- und bundesweiter Ebene in Gremien mit.

Träger des *Initiativausschusses* ist der „*Verein zur Förderung der Interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.*“. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt mit seinen Aktivitäten keine Gewinnerzielungsabsicht. Alle im Berichtszeitraum erzielten Einnahmen und alle im Berichtszeitraum getätigten Ausgaben des Vereins dienen der Verwirklichung seiner Vereinsziele durch die Unterstützung der nachfolgend beschriebenen Aktivitäten des *Initiativausschusses für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*.

1

Ausgangslage und Entwicklungen im Jahr 2025

In seinem Anfang des letzten Jahres (04. Februar 2025) erarbeiteten „*Schwerpunktepapier*“ hatte der *Initiativausschuss* - inhaltlich ausführlich begründet - die nachfolgenden politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und Entwicklungen in seinem Tätigkeitsfeld als Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2025 identifiziert:

- Wahlen zum Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 und die anschließende Regierungsbildung;
- Bilanzziehung anlässlich des 10. Jahrestags des „*Sommer des Willkommens*“ 2015;
- Unklare Entwicklung in Herkunftsländern (z.B. Syrien, Afghanistan und Ukraine) und Auswirkungen auf die (aufenthaltsrechtliche) Situation von Geflüchteten/Vertriebenen in Deutschland und Rheinland-Pfalz;
- Gesetzgebungsverfahren und Änderungen im Asyl- und Migrationsrecht auf Bundesebene und in Rheinland-Pfalz;

- Verstetigung der Antidiskriminierungsberatung und Ausbau des Diskriminierungsschutzes in Rheinland-Pfalz sowie
- Vorbereitung auf die rheinland-pfälzischen Landtagswahlen im März 2026.

Diese Erwartungen sind im Verlauf des Jahre 2025 vollumfänglich eingetreten, die im Zusammenhang mit damit im Berichtsjahr ergriffenen Maßnahmen werden nachfolgend ausführlich beschrieben.

Zugleich hatte der *Initiativausschuss* bereits in seinem Schwerpunktepapier darauf hingewiesen, dass es - wie in den vorangegangenen Jahren¹ - auch im Jahr 2025 derzeit noch nicht absehbare globale, europäische, deutsche, rheinland-pfälzische oder kommunale Ereignisse und Entwicklungen geben könnte, auf die er reagieren müsse, um seinem Vernetzungs-, Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsauftrag gerecht werden und gegenüber Politik, Verwaltung und der Öffentlichkeit engagiert und kompetent für die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie sowie für ein solidarisches Zusammenleben aller Rheinland-Pfälzer*innen eintreten zu können.

Wenn auch nicht in der Qualität der Jahre 2020 bis 2024 gab es auch im Jahr 2025 solche „*unvorhersehbare*“ asyl-, migrations- und integrationspolitisch relevante Ereignisse, Entwicklungen und Debatten, zu denen der *Initiativausschuss* sich zu Wort meldete und die Auswirkungen auf seine Tätigkeit im Berichtsjahr hatten. Genannt seien beispielsweise:

- die im 2. Halbjahr 2025 geführte Debatte um vorgeblich „*bandenmäßigen Sozialmissbrauch durch EU-Bürger*innen*“, die der Faktenlage nicht entsprach und die Menschen aus EU-Staaten unter den Generalverdacht des Leistungsmissbrauchs und des Sozialbetrugs stellte;
- die Debatte um die Intensivierung von Abschiebungen und Rückführungen von nicht-aufenthaltsberechtigten Ausländer*innen wegen der von Bundeskanzler Merz behaupteten fortgesetzten „*Probleme im Stadtbild*“, zu denen zu befragen er - sofern vorhanden - eigene Töchter empfahl;
- die Veröffentlichung des Gutachtens des Bundesverfassungsschutzes zur Frage, ob es sich bei der AfD als Gesamtpartei um eine „*gesichert rechtsextremistische Bestrebung*“ handelt, im Mai 2025 und die anschließende Debatte um die mögliche Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens.

¹ Genannt seien: 2020: Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen a) auf die Arbeitssituation des Initiativausschusses, b) auf die Lebenssituation vulnerabler Gruppen wie Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie in Deutschland und in Rheinland-Pfalz sowie c) das Aufnahme- und Ausreisegeschehen | 2021: Rückzug der internationalen Staatengemeinschaft aus Afghanistan und seine Folgen u.a. für die Fluchtaufnahme in Rheinland-Pfalz | 2022: Angriff Russlands auf die Ukraine und in der Folge u.a. die In-Kraft-Setzung der Richtlinie der Europäischen Union zur Gewährung von vorübergehendem Schutz | 2023: Erstarken der iranischen Widerstandsbewegung und Auswirkungen auf den Umgang mit iranischen Schutzsuchenden in Deutschland und in Rheinland-Pfalz sowie der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober in Israel und der anschließende Krieg im Gaza-Streifen - beides mit herausfordernden Auswirkungen auf das friedliche und solidarische Zusammenleben in der rheinland-pfälzischen Vielfalts- und Einwanderungsgesellschaft | 2024: Gewaltakte u.a. von Mannheim, Solingen, München und Magdeburg, die von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie begangen und vielfach ohne Beachtung weiterer Tathintergründe ausschließlich auf diesen Umstand zurückgeführt wurden und die folgende, teilweise stark mit Ressentiments behaftete, politische und gesellschaftliche Debatte über innere Sicherheit sowie das vorzeitige „*Aus*“ der Bundesregierung im Herbst 2024 und die daraus resultierende Ansetzung von Neuwahlen für Februar 2025.

Aktivitäten des *Initiativausschusses* im Berichtsjahr 2025

Vor dem Hintergrund der vorangehend beschriebenen Entwicklungen und Herausforderungen hat sich der *Initiativausschuss* auch im Jahr 2025 schwerpunktmäßig darum bemüht,

- haupt- und ehrenamtlich in Rheinland-Pfalz in diesem Themenfeld aktive Personen zu stärken, zu vernetzen und (weiter) zu qualifizieren;
- auf das Handeln von Entscheider*innen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit dem Ziel einzuwirken, das gleichberechtigte und solidarische Zusammenleben von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz zu fördern und
- Debatten um „*Asyl, Migration, Integration und Teilhabe sowie Schutz vor Rassismus und Diskriminierung*“ zu versachlichen.

Hierzu hat er

- **Beratungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Multiplikator*innen** angeboten, die auf die Verbesserung der Situation von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie abzielten. Zielgruppe der Angebote waren i.d.R. haupt- und ehrenamtlich in der Beratung und Begleitung von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte Engagierte sowie Mitarbeitende in Verwaltung, Regeldiensten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen;
- **Presse-, Öffentlichkeits-, Informations- und Bildungsarbeit** geleistet, die darauf abzielte, aktuelle gesellschaftliche Debatten um die Belange von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie zu versachlichen und aus menschenrechtlicher Überzeugung und demokratietheoretischer Perspektive für deren Gleichbehandlung und für eine solidarische Gesellschaft zu werben;
- über **Vernetzungs-, Gremien- und Lobbyarbeit** innerhalb der rheinland-pfälzischen Zivilgesellschaft und bei Entscheidungsträger*innen insbesondere auf Landesebene und in den Kommunen für die Verbesserung der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie geworben und gestritten.

Im Einzelnen:

1. Beratungs- und Qualifizierungsarbeit

Die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen sowie das Wahrnehmen einer Back-Office-Funktion für haupt- und ehrenamtliche Berater*innen und Unterstützer*innen von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz war auch im Jahr 2025 ein zentrales Handlungsfeld des *Initiativausschusses*.

Die im Folgenden beschriebenen Einzelmaßnahmen zielten in ihrer Gesamtheit darauf ab, die Handlungskompetenz von haupt- oder ehrenamtlich beratend in der Migrations- und Asylarbeit aktiven Personen angesichts der Komplexität und im Jahr 2025 erneut erheblichen Dynamik hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen der Aufnahme und Integration von neu eingereisten oder bereits in Deutschland und Rheinland-Pfalz lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu stärken.

Auf Bundesebene wurden im Jahr 2025 u.a. das „Gesetz zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten“, das „Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie weiterer Vorschriften“ und das „Gesetz zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten durch Rechtsverordnung und Abschaffung des anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam“ verabschiedet. Bisher nicht verabschiedet, aber bereits im Jahr 2025 ausgiebig diskutiert wurde zudem der Entwurf für das sog. „Leistungsrechtsanpassungsgesetz“ zur Rückstufung von Geflüchteten aus der Ukraine vom SGB II/SGB XII ins Asylbewerberleistungsgesetz, wenn sie erstmals nach dem 1. April 2025 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG beantragt haben. Im Herbst 2025 wurden auch die Gesetzesentwürfe für das sog. „GEAS-Anpassungsgesetz“ und das sog. „GEAS-Anpassungsfolgegesetz“ öffentlich, die aufgrund ihrer überragenden Bedeutung für die künftigen rechtlichen Rahmenbedingung der Aufnahme von Schutzsuchenden in Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz, dem großen Umfang und vor allem der Komplexität der Änderungen von Beginn an erhebliche Relevanz für die Beratungs- und Qualifizierungsarbeit des *Initiativausschusses* hatten.

Durchgeführt wurden von der rechtspolitischen Referentin des *Initiativausschusses* die folgenden Fortbildungen:

Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen im Auftrag Dritter:

- 21. Januar 2025 (ganztägig) in Eltville am Rhein für Mitarbeitende des Bethanien Kinder- und Jugenddorfs (mit Standorten/Außenwohngruppen u.a. im rheinland-pfälzischen Hunsrück). Thema: „Grundlagen des Asylrechts - Schwerpunkt unbegleitete minderjährige Ausländer*innen“.
- 13. Februar 2025 (ganztägig) in der JVA Wittlich für Mitarbeitende im rheinland-pfälzischen Vollzugsdienst. Thema: „Aufenthaltsrechtliche Perspektiven nach dem Strafvollzug“.
- 20. Februar 2025 (vierstündig) als Online-Schulung für künftige Einbürgerungslots*innen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Projekts „Pass[t] genau!“. Thema: „Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechtes und Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz“.
- 24. März 2025 (dreistündig) in Plaidt für haupt- und ehrenamtliche Berater*innen und Begleiter*innen von geflüchteten Menschen. Thema: „Bleibeperspektiven bei Ablehnung eines Asylantrages & Aktuelle Entwicklungen im Bereich des Asylrechtes“. Veranstalter*innen: Koordinierungsstelle Flüchtlingshilfen der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz und Verbandsgemeinde Pellenz.
- 08. April 2025 (dreistündig) als Online-Schulung für Mitarbeitende in den Asyl- und Migrationsberatungsstellen beim Caritasverband Trier. Thema: „Bleibeperspektiven bei Ablehnung eines Asylantrages & Aktuelle Entwicklungen im Bereich des Asylrechtes“.
- 17. Juni 2025 (ganztägig) für Mitarbeitende der Jugend- und Familienhilfe der Malteser Werke Rheinland-Pfalz & Hessen (ambulante Kräfte). Thema: „Rechtliche Grundlagen des Asylrechts“.
- 04. September 2025 (ganztägig) für Mitarbeitende der Jugend- und Familienhilfe der Malteser Werke Rheinland-Pfalz & Hessen (stationäre Kräfte). Thema: „Rechtliche Grundlagen des Asylrechts“.

- 15. September 2025 (zweistündig) im Bad Münster am Stein-Ebernburg für Teilnehmer*innen der „Ebernburger Gespräche“ der Diakonischen Werke Rheinland-Pfalz und Saar sowie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Thema: „Aktuelle Entwicklungen im Asylrecht und ihre Bewertung aus menschenrechtlicher Perspektive“.
- 19. September 2025 (dreistündig) für Ehrenamtliche im Rahmen des Kurses „Qualifizierung von Brückenbauer*innen im Bildungs-, Sozial-, Kultur- und Gesundheitswesen“ in Ludwigshafen. Thema: „Grundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrechtes“.
- 03. Dezember 2025 (dreistündig) für Teilnehmer*innen des Anpassungslehrgangs des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums (SPFZ) des rheinland-pfälzischen Landesamts für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV). Thema: „Ausländer- und Flüchtlingsrecht“.

Zu jeder der Fortbildungsveranstaltungen wurde seitens der rechtspolitischen Referentin des *Initiativausschusses* ein ausführliches Handout erarbeitet und den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt.

Durchführung eigener Fortbildungsveranstaltungen:

Eine für den 13. November 2025 geplante ganztägige Fortbildungsveranstaltung von Flüchtlingsrat RLP e.V. und *Initiativausschuss* zum Thema „Zugang zum Arbeitsmarkt und Bleiberechten“ in Oberwesel musste aufgrund der Erkrankung der Referentin kurzfristig abgesagt werden. Es ist geplant, sie im Laufe des Jahres 2026 nachzuholen.

Juristische Anleitung der Asylverfahrensberatung (AVB) in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen:

Wie schon in den Jahren 2023 und 2024 hat der *Initiativausschuss* auch im Jahr 2025 im Auftrag der Diakonischen Werke Speyer und Trier sowie der Caritasverbände Speyer, Trier und Westeifel die juristische Anleitung der bundesgeförderten Asylverfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz übernommen. In diesem Rahmen stand die rechtspolitische Referentin des *Initiativausschusses*, Frau Ass. Jur. Ann-Christin Bölter, MLE, LL.M., den hauptamtlich beratenden Mitarbeiter*innen in den Erstaufnahmeeinrichtungen als Ansprechperson bei komplexen Rechtsfragen zur Verfügung. Zudem hat sie im Rahmen der juristischen Anleitung der AVB in Rheinland-Pfalz folgende Schulungs-, Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt:

- 10. März 2025 (dreistündig): Standortübergreifende Online-Fortbildung zum Thema „Aktuelle Entwicklungen in Dublin- und Drittstaatenverfahren“.
- 28. April 2025 (dreistündig): Standortübergreifende Online-Informationsveranstaltung zum Thema „Einführung der Bezahlkarte und Gewährung von AsylbLG-Leistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen“.
- 14. Mai 2025 (ganztägig): Aktive Mitwirkung am Austausch- und Vernetzungstreffen der Asylverfahrensberater*innen in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen in Trier: u.a. Auswertung der juristischen Anleitung der AVB in 2024 und Bedarfsfestlegung für Fortbildungen in 2025 sowie Impulsreferat zu aktuellen Entwicklungen („Lage in Syrien und Entscheidungspraxis des BAMF zu Syrien“ und „Einführung der Bezahlkarte – erste Erfahrungen“).

- 02. Juni 2025 (dreistündig): bedarfsorientierte Austausch- und Informationsveranstaltung für Berater*innen in den Erstaufnahmestandorten Trier und Bitburg in Trier. Themen u.a.: „Aktuelle Informationen zu Dublin Überstellungen & Abschiebungen nach Drittstaatenbescheid“, „Umgang mit fehlerhaften Dublin Bescheiden“, „Grundlagen Familienasyl“.
- 19. August 2025 (dreistündig): bedarfsorientierte Austausch- und Informationsveranstaltung für Berater*innen in den Erstaufnahmestandorten Kusel und Hermeskeil in Kusel. Themen u.a.: „Medizinische Leistungen im AsylbLG“, „Bleibeperspektiven durch Eheschließung“, „Erteilung von Arbeitserlaubnissen an Gestattete und Geduldete“.
- 27. August 2025 (dreistündig): Standortübergreifende Online-Informationsveranstaltung zum Thema „Update zur Einführung der Bezahlkarte und zur Gewährung von AsylbLG-Leistungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen“.
- 06. Oktober 2025 (dreistündig): bedarfsorientierte Austausch- und Informationsveranstaltung für Berater*innen in der Erstaufnahmeeinrichtung Speyer in Speyer. Themen u.a.: „Räumliche Beschränkungen im Asylverfahren und bei vollziehbarer Ausreisepflicht“, „Entwicklungen bei Asylverfahren von Syrer*innen“, „Rechtsschutz gegen die Verlängerung von Dublin-Überstellungsfristen“.
- 28. Oktober 2025 (ganztägig): Aktive Mitwirkung am Austausch- und Vernetzungstreffen der Asylverfahrensberater*innen in den rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtungen in Kusel: Feedback zur juristischen Anleitung der AVB in 2025 sowie Impulsreferat zu aktuellen Entwicklungen („Einführung der Bezahlkarte“, „Duldungspraxis“ und „Perspektiven afghanischer Frauen in Folgeverfahren“).

Zu jeder der Fortbildungen/Austauschtreffen wurde seitens der rechtspolitischen Referentin des *Initiativausschusses* ein ausführliches Handout erarbeitet und den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt.

„Back-Office-Funktion“ für haupt- und ehrenamtliche Berater*innen und Begleiter*innen von Menschen mit Flucht- der Migrationsbiografie:

Die „Back-Office-Funktion“ des *Initiativausschusses* wird in Anspruch genommen, wenn für rheinland-pfälzische Akteur*innen, die Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie haupt- oder ehrenamtlich beraten und begleiten, bei der rechtlichen Bewertung einer asyl- oder aufenthalts- oder sozialrechtlichen Situation auf kompetente Unterstützung angewiesen waren. Im Berichtszeitraum hat die rechtspolitische Referentin des *Initiativausschusses* telefonisch, per Mail oder im direkten Gespräch erneut über 1.000 Beratungen dieser Art durchgeführt. Die Intensität der Beratungen reicht von kurzen einmaligen Hinweisen auf die Fundstelle einer gesetzlichen Regelung bis hin zu komplexen Anfragen mit Mehrfachkontakt und erheblichem Recherche- oder Erläuterungsbedarf.

2. Schwerpunktthemen der Informations-, Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der *Initiativausschuss* hat im Jahr 2025 über seine „regelmäßige“ Informations-, Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hinausgehend (siehe hierzu Punkt 3. dieses Berichtes) zu einzelnen Schwerpunktthemen - in der Regel anlassbezogen (reaktiv) - besonders intensiv gearbeitet. Sie sollen nachfolgend ausführlicher beschrieben werden:

- **Aktivitäten zur Bundestagswahl 2025:** Nach dem vorzeitigen Ende der „Ampelkoalition“ auf Bundesebene im November 2024, der Auflösung des Bundestages im Dezember 2024 und der Ansetzung von Neuwahlen für den 23. Februar 2025 entwickelte der *Initiativausschuss* in Zusammenarbeit u.a. mit der *Stiftung gegen Rassismus, Pro Asyl* und der *Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)* die folgenden Mobilisierungs- und Kampagnenmaterialien, die er anschließend gemeinsam mit dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* in Rheinland-Pfalz veröffentlichte und verbreitete:
 - Kampagne „Nur mit Migration läuft der Laden“ mit ausführlichem Factsheet sowie zwei Plakatmotiven mit Daten und Fakten, die deutlich machen, dass Deutschland und Rheinland-Pfalz schon jetzt ökonomisch und demografisch auf Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie angewiesen sind und dieser Bedarf in Zukunft fortbestehen und anwachsen wird.
 - Social-Media-Kampagne „Menschlichkeit. Ganz leicht erklärt“ mit vier Plakat- und Postkartenmotiven, die deutlich machen: der Schutz von Flüchtlingen ein Gebot jener Menschlichkeit ist, ohne die eine demokratische Gesellschaft nicht dauerhaft bestehen kann und er ist zugleich ein Gebot der Vernunft. Beispielbotschaft: *„Nachts eine Familie abzuschieben, deren Kinder besser deutsch als arabisch sprechen. Deren Eltern Jobs haben, Steuern zahlen und Teil der Nachbarschaft sind, ist nicht nur außerordentlich unmenschlich. Es ist auch ein bisschen dumm!“*.
 - Wahlaufruf „Wir wählen Menschenwürde! – Nein zu Rassismus“ – Auszug aus dem Text des Aufrufs: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar: Artikel 1 des Grundgesetzes klingt ganz simpel, ist in diesen Zeiten aber geradezu radikal. Leider sind rassistische Parolen längst nicht mehr nur von rechten Parteien zu hören. Im Wahlkampf gehören Flucht und Migration zu den Topthemen. Aber nicht, weil die Parteien für Menschlichkeit oder Nächstenliebe werben. Sondern weil sie laut tönen, sich für Abschottung und Abschiebung stark zu machen. Damit spielen sie rechtsextremen Parteien in die Karten, die von einem ‚weißen deutschen Volk‘ träumen. Damit muss Schluss sein! Es darf nicht sein, dass Menschenrechte leichtfertig über Bord geworfen werden. Ganz wichtig ist: Wählen zu gehen, auch wenn die Wahl schwerfällt. Ja zur Menschenwürde, Nein zu Rassismus!“*.

Darüber hinaus hat der *Initiativausschuss* mit Blick auf die Bundestagswahl 2025

- zusammen mit 70 regionalen und landesweiten Einrichtungen mit Sitz in Mainz in einem Offenen Brief vom 10. Februar 2025 an die vor Ort Wahlberechtigten appelliert, sich mit ihrer Wahlentscheidung klar gegen Hass und Hetze zu positionieren und sich zur menschenrechtsfundierten Demokratie zu bekennen. Weiter hat er in dem Offenen Brief die Kandidierenden des Wahlkreises Mainz dazu aufgefordert, im

Verlauf des Wahlkampfs auf spalterische Rhetorik gegen gesellschaftliche Minderheiten und gegen Errungenschaften der Demokratie zu verzichten;

- sich - vertreten durch seinen Geschäftsführer Torsten Jäger - am 24. Februar 2025 auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz an einem 90-minütigen „Online-Recap“ zum Thema „Migration und Asyl im Wahlkampf und nach der Bundestagswahl 2025“ beteiligt. Im Rahmen des *Recap* analysierte Torsten Jäger im Dialog mit dem Migrationsforscher Prof. Dr. Max Pichl (Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden) den Verlauf den Bundestagswahlkampfes sowie die sich abzeichnende Asyl- und Migrationspolitik der neuen Bundesregierung und deren mögliche Auswirkung auf Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz;
 - am 6. März 2025 in einer Pressemitteilung an die über eine Regierungsbildung verhandelnden Parteien (CDU, CSU und SPD) appelliert, die große Wertschätzung für die Familie, die in ihren Wahlprogrammen zum Ausdruck kommt, auch den Familien von Geflüchteten zu Gute kommen zu lassen und sie dazu aufgefordert, sich auf den schnellen, umfassenden und unbürokratischen Familiennachzug zu subsidiär geschützten Personen zu verständigen;
 - in Rundmails über seinen Verteiler am 10. und am 14. April 2025 eine erste Bewertung der asyl- und migrationspolitischen Inhalte des Koalitionsvertrages von Union und SPD vorgenommen, die Inhalte des Koalitionsvertrages in den Mittelpunkt seines Plenums am 20. Mai 2025 gestellt und hierzu die rechtpolitische Referentin von PRO ASYL, Wiebke Judith, als Gesprächspartnerin eingeladen sowie am 6. Mai 2025 zusammen mit 293 Organisationen der Bundes-, Landes- und Kommunalebene einen gemeinsamen „Appell an die Bundesregierung: Für eine verantwortungsvolle Migrationspolitik“ erarbeitet und veröffentlicht.
- **Aktivitäten zur Landtagswahl 2026:** Mit Blick auf die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 22. März 2026 erarbeitete der *Initiativausschuss* im 4. Quartal 2025
 - gemeinsam mit der *LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in RLP e.V.*, der *Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP (AGARP)* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* eine „Fairness-Vereinbarung“ demokratischer Parteien im rheinland-pfälzischen Landtagswahlkampf.

Darin würdigen die unterzeichnenden Parteien u.a. die gesellschaftliche Vielfalt und die Beiträge von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Landes und verpflichten sie sich, die politische Auseinandersetzung um Fragen der künftigen Ausgestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und von Migrationsprozessen auf der Grundlage von Fakten zu führen und dabei keine Vorurteile gegenüber Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie zu schüren.

Die „*Fairness-Vereinbarung*“ wurde demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz im Dezember 2025 mit der Einladung zur Unterzeichnung zugeleitet;

 - gemeinsam mit der *Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP (AGARP)* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* ein ausführliches Positionspapier „In Wort und Tat: Demokratie verteidigen: Menschenrechte achten! - Erwartungen an die

demokratischen Parteien für die Legislaturperiode 2026 bis 2031“ sowie eine Kurzfassung des Positionspapiers. Beide Papiere wurden am 5. Dezember 2025 veröffentlicht und demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet.

Hinweis zu den Aktivitäten zur Landtagswahl 2026: Die Reaktionen demokratischer Parteien auf die beiden geschilderten Initiativen sowie die diesbezügliche Presse-, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit fallen in das Jahr 2026 und sind deshalb nicht mehr Gegenstand dieses Berichtes.

- **Broschüre „Sommer der Solidarität 2015 ... und was daraus geworden ist“:** Gemeinsam mit Partner*innen aus Rheinland-Pfalz und Hessen hat der *Initiativausschuss* in einer 70-seitigen Broschüre an den „Sommer der Solidarität“ des Jahres 2015 und daran erinnert, was daraus geworden ist.

Aus der veröffentlichungsbegleitenden Pressemitteilung: *„Gemeinsam und beharrlich haben die Schutzsuchenden des Jahres 2015 und diejenigen, die ihnen mit offenen Armen und Herzen begegnet sind, eine Erfolgsgeschichte geschrieben: Hunderttausende, die vor Krieg, Verfolgung oder Perspektivlosigkeit geflohen waren, sind heute Teil dieser Gesellschaft. Sie arbeiten in Betrieben, leisten in Krankenhäusern und Pflegeheimen unverzichtbare Dienste, haben Ausbildungen abgeschlossen, Unternehmen gegründet oder ein Studium absolviert. Sie sind Kolleg*innen, Nachbar*innen, Freund*innen oder Mitschüler*innen geworden. Die Broschüre stellt einige von ihnen ausführlich vor und lässt außerdem einige derjenigen zu Wort kommen, die ihnen seit 2015 verlässlich zur Seite stehen. Sie macht überdeutlich, dass große individuelle und gesellschaftliche Aufgaben bewältigt werden können, wenn viele gemeinsam und solidarisch anpacken.“*

- **Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in Rheinland-Pfalz:** Bereits im Mai 2024 hat der Bundesgesetzgeber auf der Grundlage eines Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz aus dem November 2023 eine Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz verankert und damit eine zusätzliche Erbringungsform geschaffen, mit der geflüchteten Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz „ausgezahlt“ werden können. Gemeinsam mit der *LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in RLP e.V* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* hatte der *Initiativausschuss* im Juni 2024 in einem ausführlichen Positionspapier darauf hingewiesen, dass mit einer eventuellen Einführung der Bezahlkarte in Rheinland-Pfalz negative Auswirkungen auf die gesellschaftliche Integration und Teilhabe von Geflüchteten sowie eine mit direkten und indirekten Kosten verbundene erhebliche Steigerung des Beratungs-, Verwaltungs- und Koordinationsbedarfs sowohl für die Betroffenen als auch für Leistungsbehörden und Beratungsstrukturen verbunden sein würden.

Dennoch wurde die Bezahlkarte in Rheinland-Pfalz zu Beginn des Jahres 2025 in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen und ab Mitte des Jahres 2025 in bislang ca. der Hälfte der 36 Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz eingeführt. Die kommunalen Gebietskörperschaften sind hierzu nicht verpflichtet, sie entscheiden frei darüber, ob sie Leistungen für Geflüchtete wie bisher erbringen oder ob sie die Bezahlkarte einführen.

Der *Initiativausschuss* hat die Einführung der Bezahlkarte in Rheinland-Pfalz im Jahr 2025 kritisch begleitet, sich dabei gegenüber der Landesregierung für eine möglichst

diskriminierungsfreie Ausgestaltung eingesetzt und gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz auf die mit einer Bezahlkarte verbundenen Nachteile für die kommunale Verwaltung und die Karteninhaber*innen hingewiesen.

Konkret hat er u.a.:

- am 01. April 2025 gemeinsam mit der *LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in RLP* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* die Oberbürgermeister*innen und Landrät*innen der rheinland-pfälzischen Landkreise und kreisfreien Städte angeschrieben und auf die mit der Einführung einer Bezahlkarte verbundenen Rechtsunsicherheiten und Mehrbelastungen für Mitarbeitende der kommunalen Leistungsbehörde hingewiesen;
 - regelmäßig gegenüber dem zuständigen Referat des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI) ihm bekannt gewordene technische und logistische Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Einsatz einer Bezahlkarte für Geflüchtete angezeigt und sich mit dem Referat sowie der Koordinierungsgruppe bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz hierzu ausgetauscht;
 - sich gemeinsam mit dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* in Pressemitteilungen am 28. April 2025 zur Bezahlkarte und insbesondere dem Beschluss zur Beschränkung der Überweisungsfunktion auf eine Positivliste (Überweisungen nur möglich an „freigeschaltete“ Empfänger*innen) kritisch zu Wort gemeldet;
 - im Gespräch mit dem Arbeitsstab des Datenschutzbeauftragten des Landes am 1. Dezember 2025 gemeinsam mit der *LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in RLP* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* datenschutzrechtlichen Bedenken gegenüber der Bezahlkarte für Geflüchtete und insbesondere gegenüber einer „Positivliste“ geltend gemacht.
- **Sonstige relevante Themen der Informations-, Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2025:** Erklärungen abgegeben, Faktenpapiere erstellt bzw. Position bezogen hat der *Initiativausschuss* im Jahr 2025 darüber hinaus u.a. zur Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz; zur Abschiebehaft für afghanische Straftäter und ihrer Abschiebung nach Afghanistan; zum Stopp der Bundeaufnahmeprogramme für schutzbedürftige Personen im Ausland (u.a. Stopp der Aufnahme von Afghan*innen und Stopp des *Resettlement*-Programmes) sowie zur Debatte um einen angeblich massenweisen Sozialleistungsmissbrauch u.a. von Menschen mit einer Flucht- oder Migrationsbiografie und zum Menschenrecht auf bezahlbaren und angemessenen Wohnraum.

3. „Regelhafte“ Informations-, Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Über die unter Punkt 2 genannten Themenschwerpunkte hinaus hat der *Initiativausschuss* im Jahr 2025 „regelhafte“ Informations-, Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geleistet, die nachfolgend kurz skizziert werden soll:

Regelmäßige **Statistiken**² erstellt, informiert und veröffentlicht hat der *Initiativausschuss* u.a.

- zur Zahl, zu den Schutzquoten und zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Deutschland und in Rheinland-Pfalz;
- zu den Zuwanderungszahlen nach und den Abschiebezahlen aus Rheinland-Pfalz im Vergleich mit anderen Bundesländern;
- zum Aufenthaltsstatus von Schutzsuchenden und Schutzberechtigten Personen in Rheinland-Pfalz im Bundesländervergleich sowie
- zu den Einbürgerungszahlen und zur Einbürgerungspraxis in Rheinland-Pfalz im Vergleich mit den Zahlen in anderen Bundesländern und auf Bundesebene.

In Form von öffentlichen **Erklärungen oder Pressemitteilungen** zu Wort gemeldet hat sich der *Initiativausschuss* im Jahr 2025 am

- 10. Februar 2025 - Pressemitteilung: *„71 Organisationen aus Mainz und Rheinland-Pfalz veröffentlichen Offenen Brief mit menschenrechtspolitischen Forderungen zur Bundestagswahl 2025;“*
- 4. März 2025 - Offener Brief an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion: *„Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“;*
- 6. März 2025 - Pressemitteilung: *„Union und SPD sondieren zum Thema 'Asyl und Migration': Familiennachzug zu subsidiär geschützten Personen schnell, umfassend und unbürokratisch ermöglichen!“;*
- 7. März 2025 - Pressemitteilung: *„Zum Weltfrauentag am 8. März 2025: Chancengleichheit braucht bedarfsorientierte Unterstützung! Streichung von 'Eltern- und Frauenintegrationskursen' bewirkt das Gegenteil!“;*
- 14. März 2025 - Pressemitteilung: *„Internationale Wochen gegen Rassismus 2025 beginnen: 'Menschenwürde schützen!' – Bundesweit tausende Veranstaltungen und viele Aktivitäten in Rheinland-Pfalz!“;*
- 28. März 2025 - Pressemitteilung: *„Viele Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz: Die Internationale Wochen gegen Rassismus 2025 gehen zu Ende, aber der Einsatz für den Schutz der Menschenwürde geht weiter!“;*
- 28. April 2025 - Pressemitteilung: *„Gemeinsame Position von Flüchtlingsrat RLP e.V. und Initiativausschuss: 'Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete in rheinland-pfälzischen Kommunen'“;*

² Im Berichtszeitraum 2025 erarbeitet wurden in der Regel Statistiken zum Jahr 2024 sowie zu unterjährigen Zeiträumen im Jahr 2025. Jahresbilanzen für das Jahr 2025 konnten naturgemäß erst im Jahr 2026 erarbeitet werden.

- 28. April 2025 - Gemeinsame Erklärung von *Flüchtlingsrat RLP* und *Initiativausschuss zur „Einigung von Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Einführung einer Bezahlkarte in rheinland-pfälzischen Kommunen“*;
- 20. Mai 2025 - Erstunterzeichnung eines Offenen Briefes des *Mainzer Flüchtlingsrates* an die Parteien im Mainzer Stadtrat: *„Bezahlbaren Wohnraum schaffen - überteuerte Mieten und Wuchermieten bekämpfen!“* durch den Geschäftsführer des *Initiativausschusses*;
- 03. Juli 2025 - Gemeinsames politisches Statement mit der *Diakonie in RLP* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* zur *„Abschiebungshaft afghanischer Staatsangehöriger: Menschen- und Freiheitsrechte sind nicht verhandelbar – auch nicht bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht!“*;
- 21. September 2025 - Pressemitteilung *„Interkulturelle Woche 2025 startet mit Rekordbeteiligung in Rheinland-Pfalz: Landesweit über 350 Veranstaltungen in mehr als 20 Städten, Gemeinden und Landkreisen!“*;
- 25. September 2025 - Pressemitteilung *„10 Jahre Sommer der Solidarität ... und was daraus (Gutes) geworden ist!“*;
- 13. Oktober 2025 - Gemeinsame Erklärung von *Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.*, *Medinetz Mainz*, *Clearingstelle Krankenversicherung RLP* und dem *Initiativausschuss* zu *„Bürgergeld unter Generalverdacht! EU-Bürger*innen werden zur Zielscheibe von Populist*innen und Medien!“*;
- Dezember 2025 - Gemeinsame Pressemitteilung mit dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* und der *Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)*: *„Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz: 'In Wort und Tat: Demokratie verteidigen! – Menschenrechte achten!' – Erwartungen an die demokratischen Parteien für die Legislaturperiode 2026 bis 2031“*;
- 9. Dezember 2025 - Pressemitteilung *„Über 250 Organisationen fordern von der Bundesregierung die Aufnahme gefährdeter Menschen aus Afghanistan!“*;
- 10. Dezember 2025 - Gemeinsame Pressemitteilung mit dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* und der *Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)*: *„Landtagswahlkampf 2026 in Rheinland-Pfalz – Organisationen fordern demokratische Parteien zur Unterzeichnung einer 'Fairness-Vereinbarung' auf!“*.

Redebeiträge des Geschäftsführers des *Initiativausschusses* gab es im Berichtsjahr

- am 15. Januar 2025 in Trier im Rahmen der Veranstaltung *„Facetten und Gelingensfaktoren der Antirassismus-Arbeit“* - Gespräch mit Gifty Rosetta Amo Antwi (Geschäftsführerin Weltladen Dachverband e.V.) zum Thema *„Die Rolle der Antirassismus-Arbeit und was sie bewirken kann“*. Veranstaltung im Rahmen der 5-teiligen Reihe *„Rassismus im Fokus“* (siehe unter dem Punkt 4. dieses Berichts);
- am 24. Februar 2025 im Rahmen eines *„Online-Recap“* zum Thema *„Migration und Asyl im Wahlkampf und nach der Bundestagswahl 2025“*;
- am 21. März 2025 in Mainz im Rahmen einer Großkundgebung zum Internationalen Tag gegen Rassismus;

- am 22. Mai 2025 in Frankfurt am Main im Rahmen der bundesweiten Tagung „... oder kann das weg? - Grundgesetz - Menschenwürde - Asylrecht“;
- am 10. Juni 2025 in Mainz im Rahmen der Veranstaltung „Auf dem Weg zu einer rassismuskritischen Gesellschaft?“. Abschlussveranstaltung der 5-teiligen Reihe „Rassismus im Fokus“ (siehe unter dem Punkt 4. dieses Berichts);
- am 20. Juni 2025 in Mainz zum Internationalen Tag des Flüchtlings.

Zudem wurde im gesamten Berichtsjahr 2025 haupt- und ehrenamtliche Akteur*innen der Beratungs- und Unterstützungsarbeit in Rheinland-Pfalz durch einen ca. 700 Adressen umfassenden **E-Mail-Verteiler** des *Initiativausschusses* sowie über die **sozialen Medien** (Facebook) tagesaktuell und regelmäßig über Veranstaltungstermine sowie über wichtige Fragen der Beratung, Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie und über aktuelle Entwicklungen im Handlungsfeld „Asyl, Migration und Integration“ auf kommunaler Ebene und auf der Ebene des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union informiert.

4. „Demokratiearbeit“

Der *Initiativausschuss* versteht seine gesamte Arbeit für ein gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenleben von Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie in Rheinland-Pfalz grundsätzlich und auch im Jahr 2025 als „Demokratiearbeit“. Zugleich zielten im Berichtsjahr einzelne Maßnahmen ganz unmittelbar auf das Thema „Verteidigung, Erhalt und Stärkung von demokratischen Grundwerten und Grundrechten“. Diese Maßnahmen im Berichtsjahr 2025 sind nachfolgend aufgelistet und beschrieben:

- Mitveranstaltung einer bundesweiten Tagung zum Tag des Grundgesetzes am 22. Mai 2025 in Frankfurt am Main mit ca. 100 Teilnehmenden. Titel: „... oder kann das weg? - Grundgesetz - Menschenwürde - Asylrecht“.
- Aktive Mitwirkung (Gemeinschaftsstand mit dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.*) am 20. Demokratietag Rheinland-Pfalz am 4. September 2025 in Ingelheim am Rhein.
- Mitveranstaltung der insgesamt fünfteiligen Veranstaltungsreihe „Rassismus im Fokus“, einer Kooperation zwischen dem rheinland-pfälzischen Integrationsministerium, dem *Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration*, der *Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP)* und dem *Initiativausschuss*. Im Jahr 2025 haben die folgenden beiden abschließenden Module stattgefunden:
 - 15. Januar 2025 in Trier - „Facetten und Gelingensfaktoren der Antirassismus-Arbeit“;
 - 10. Juni 2025 in Mainz - „Auf dem Weg zu einer rassismuskritischen Gesellschaft?“.
- Mitveranstaltung des von *Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.* federführend initiierten Minifestivals „Nie wieder ist jetzt!“ am 20. August 2025 in Mainz.

5. Lobbyarbeit

Der *Initiativausschuss* setzt sich ein für die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in Rheinland-Pfalz lebender Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsbiografie. Zu diesem Zweck sucht er auch den Kontakt und das regelmäßige Gespräch mit den für seine Tätigkeitsfelder relevanten Ressorts der Landesregierung sowie mit demokratischen Parteien und Fraktionen in Rheinland-Pfalz.

Folgende Gespräche wurden im Jahr 2025 mit den Hausleitungen und/oder der Arbeitsebene von Landesministerien geführt:

- Regelmäßige ca. 90-minütige „*Quartalsgespräche Asyl- und Ausländerrecht*“ zwischen der Abteilung „*Integration*“ des MFFKI einerseits und dem *Initiativausschuss*, dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* und der *LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in RLP e.V.* am
 - Montag, den 3. Februar 2025;
 - Mittwoch, den 7. Mai 2025;
 - Montag, den 18. August 2025 sowie
 - Donnerstag, den 6. November 2025.
- Gespräch mit Integrationsstaatssekretär Janosch Littig am 28. November 2025 zum Thema „*Bleiberecht - ‚freiwillige‘ (geförderte) Ausreisen – Abschiebungen in/aus Rheinland-Pfalz*“.
- Folgende Gespräche wurden im Jahr 2025 mit Vertreter*innen/Mitgliedern demokratischer Parteien/Fraktionen in Rheinland-Pfalz geführt:
 - Teilnahme am digitalen Netzwerktreffen der Arbeitsgruppe „*Parlamentarische Demokratie und Zusammenhalt stärken*“ der *SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz* am 2. Juni 2025;
 - Gespräch mit Mitgliedern der *Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen* am 16. Juni 2025;
 - Gespräch mit Mitgliedern der *Landtagsfraktion der SPD* am 28. August 2025;
 - Gespräch mit Vorstandsmitgliedern des Landesverband Rheinland-Pfalz der Partei *DIE LINKE* am 23. Juli 2025 und am 5. November 2025;
 - Gespräch mit Mitgliedern der *Landtagsfraktion der FDP* am 28. August 2025;
 - Gespräch mit Mitgliedern der *Landtagsfraktion der CDU* am 2. September 2025;
 - Austausch mit Mitgliedern der *Landesarbeitsgemeinschaft „Migration“* von *Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz* zu den Themen „*Bezahlkarte*“ und „*Bleiberecht – ‚freiwillige‘ (geförderte) Ausreisen - Abschiebungen in/aus Rheinland-Pfalz*“.
- Ein besonderer Schwerpunkt der Lobbyarbeit im Jahr 2025 lag auf der **Situation ausreisepflichtiger Êzîd*innen aus dem Irak in Rheinland-Pfalz**. Obwohl der Deutsche Bundestag schon am 19. Januar 2023 die Verfolgung der Angehörigen der êzîdischen Religionsgemeinschaft durch den „*Islamischen Staat (IS)*“ im Irak parteiübergreifend als „*Völkermord*“ anerkannt hat, kam es in der Vergangenheit immer wieder und auch in Rheinland-Pfalz zu Abschiebungen bzw. versuchten Abschiebungen von Êzîd*innen in den Irak.

Der *Initiativausschuss* hat sich u.a.

- am 8. Oktober 2025 gemeinsam mit der *LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in RLP* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* an die Vorsitzenden der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie der Gruppe der FREIEN WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz gewandt und darum gebeten, die rheinland-pfälzische Landesregierung durch gemeinsamen Beschlussfassung damit zu beauftragen,
 - im Rahmen ihrer Möglichkeiten den in Rheinland-Pfalz lebenden Angehörigen der êzîdischen Religionsgemeinschaft mit irakischer Staatsbürgerschaft über ein Landdesschutzprogramm einen Aufenthalt nach § 23 Abs. 1 AufenthG zu ermöglichen und
 - sich auf Bundesebene für eine menschenrechtsbasierte Bleiberechtsregelung für Angehörige der êzîdischen Religionsgemeinschaft mit irakischer Staatsbürgerschaft einzusetzen, die ihrer besonderen Verfolgungsgeschichte gerecht wird.

Hinweis: Der rheinland-pfälzische Landtag hat einen entsprechenden überfraktionellen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am 10. Dezember 2025 mit breiter Mehrheit beschlossen.

- am 26. November 2026 im Vorfeld der Herbstkonferenz der Innenminister*innen des Bundes und der Länder in einem gemeinsamen Schreiben mit der *Diakonie in RLP* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* an Landesinnenminister Michael Ebling gewandt und u.a. darum gebeten, sich für eine Beschlussfassung zur Herstellung von Aufenthaltssicherheit für Angehörige der êzîdischen Volks- bzw. Religionsgemeinschaft in Deutschland einzusetzen.

Der *Initiativausschuss* war im Berichtsjahr 2025 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages registriert.

6. Gremienarbeit

Der *Initiativausschuss* arbeitet auf Landes- und auf Bundesebene in zahlreichen Gremien mit, um seinen Anliegen - Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland lebenden Migrant*innen und Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie sowie solidarisches Zusammenleben in der rheinland-pfälzischen Einwanderungsgesellschaft - Gehör zu verschaffen, die Aufnahmegesellschaft hierfür zu sensibilisieren und politische Entscheidungen in diesem Sinne zu befördern. Im Berichtszeitraum 2025 hat er u.a. in folgenden Gremien/Strukturen/Einrichtungen regelmäßig mitgearbeitet:

- Beirat für den *Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*;
- Landesbündnis *Demokratie gewinnt!*;
- *Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz*;
- Beratendes Gremium der rheinland-pfälzischen *Eine Welt-Fachpromotorin für Migration und entwicklungspolitische Bildung*;

- Beirat des *Dr. Ines-Welge-Stiftungsfonds Flucht* unter dem Dach der Stiftung „*Diakonie Hessen*“;
- *Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte*;
- *Landesbeirat für Migration und Integration (LBMI)*;
- *Netzwerk Kirchenasyl Rheinland-Pfalz/Saar*;
- *Koordinierungsgruppe des Flüchtlingsrat RLP e.V.*;
- *Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz e.V.* (siehe hierzu ausführlich unter Punkt 8 dieses Berichtes).

7. Vernetzungsarbeit

Die Vernetzung der in Rheinland-Pfalz im Handlungsfeld „*Asyl, Migration, Integration und Antirassismus-Arbeit*“ aktiven Initiativen, Einrichtungen, Verbände und Einzelpersonen gewährleistet der *Initiativausschuss* nicht nur über die Aussendung und Verbreitung von aktuellen Informationen, sondern darüber hinaus auch durch weitere Aktivitäten und Maßnahmen. Durchgeführt wurden im Jahr 2025 u.a.

- am 20. Mai und am 9. Oktober 2025 jeweils zweistündige Plenumstreffen des *Initiativausschusses*, in denen aktuelle politische Entwicklungen besprochen und Informationen zu Aktivitäten vor Ort ausgetauscht wurden;
- am 16. Januar, am 26. Februar, am 10. April, am 4. Juni, am 2. September, am 25. Oktober und am 17. Dezember 2025 jeweils zweistündige Sitzungen des Sprecher*innen-Kreises des *Initiativausschusses*, dem elf Personen angehören, die haupt- oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung oder in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen aktiv sind;
- am 20. März, am 3. Juli und am 3. Dezember 2025 jeweils vierstündige „Denkräume“. Die „*Denkräume*“ sind ein Gemeinschaftsprojekt mit dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* und geben Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, sich im geschützten Raum und ohne die Notwendigkeit der Herstellung von konsensualen und/oder veröffentlichungsfähigen Positionen über aktuelle Entwicklungen im Handlungsfeld „*Asyl, Migration, Integration*“ auszutauschen und die eigene Sprachfähigkeit und Handlungskompetenz zu den erörterten Fragestellungen zu verbessern.
- regelmäßige Treffen u.a. mit dem *Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V.*, der *Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP)*, der *Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau*, der *Diakonie in Rheinland-Pfalz*, der *Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz*, dem *Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz/Saarland*, der *Stiftung gegen Rassismus*, *PRO ASYL* und anderen NRO statt. Sie bildeten die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen zu einzelnen, gemeinsam als wichtig erachteten, migrations- und integrationspolitischen Themen im Jahr 2025.

Der Vernetzung relevanter Akteur*innen dienten im Jahr 2025 auch

- eine am 10. Dezember 2025 gemeinsam mit dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* in Mainz durchgeführte Informationsveranstaltung zum „Lotsenhaus Koblenz“, die sich an Führungskräfte und Mitarbeitende der kommunalen Verwaltungen der Landkreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz richtete;
- die koordinierenden Aktivitäten des Initiativausschusses anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus (17. bis 30. März 2025) und der Interkulturellen Woche (12. bis 21. September 2025).

Der *Initiativausschuss* hat im Vorfeld der beiden Aktionswochen die hierfür erarbeiteten Vorbereitungsmaterialien beworben, Einrichtungen in Rheinland-Pfalz dazu aufgerufen, mit eigenen Veranstaltungen aktiv zu werden und ihm Veranstaltungen zum Zweck der Bewerbung zu melden. Zu Beginn der Aktionswochen hat er ausführliche Übersichten über Veranstaltungen und Veranstaltungsprogramme in rheinland-pfälzischen Gemeinden, Städten und Landkreisen erarbeitet und hierzu Pressearbeit betrieben.

- Der *Initiativausschuss* hat im Berichtszeitraum mehrfach gemeinsam mit der *Seebrücke Mainz* und dem *Flüchtlingsrat RLP e.V.* zu Kundgebungen/Mahnwachen anlässlich von Plenumsitzungen des Landtags Rheinland-Pfalz aufgerufen bzw. sich aktiv an Kundgebungen beteiligt, bei denen die Abgeordneten zur Umsetzung einer humanitär ausgerichteten Migrations- und Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz und insbesondere zur Schaffung sicherer und legaler Zugangswege für Schutzsuchende nach Rheinland-Pfalz (Landesaufnahmeprogramm) aufgefordert wurden. Unter Beteiligung des *Initiativausschusses* fanden Kundgebungen an folgenden Terminen statt:
 - 29. Januar 2025 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);
 - 02. April 2025 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);
 - 11. Juni 2025 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);
 - 08. Oktober 2025 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz);
 - 12. November 2025 (Helmut-Kohl-Platz in Mainz).

17

8. Besondere/Sonstige Aktivitäten im Jahr 2025

- Der Geschäftsführer des *Initiativausschusses* war im Jahr 2025 ein durch Integrationsministerin Katharina Binz berufenes Mitglied der Jury für den *Integrationspreis Rheinland-Pfalz 2025*, der am 27. Oktober 2025 in drei Kategorien vergeben wurde. In diesem Zusammenhang hat er an mehreren Jurysitzungen im Jahr 2025 sowie an der Preisverleihung teilgenommen.
- Der *Initiativausschuss* war zusammen mit dem Flüchtlingsrat RLP e.V. beim *Rheinland-Pfalz-Tag* vom 23. bis zum 25. Mai 2025 in Neustadt an der Weinstraße mit einem Informationsstand vertreten. Thematischer Schwerpunkt, der durch interaktive Angebote ausgestaltet wurde, war das Thema „*Staatsangehörigkeit – Einbürgerung – politische Partizipation*“.

- Das *Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz (NdRLP)* ist ein Zusammenschluss landesweiter und regionaler Vereine, Initiativen und Selbstorganisationen, die diskriminierungsgefährdete Personengruppen und deren Interessen gegenüber Politik und Gesellschaft vertreten.

Das seit 2021 in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins aktive Netzwerk leistet intersektionale, merkmalsübergreifende Beratungs- und Unterstützungsarbeit für Betroffene sowie Informations-, Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit mit dem Ziel, Diskriminierungen entgegenzuwirken und die Akzeptanz für Vielfalt zu erhöhen. Der *Initiativausschuss* ist seit Gründung des Netzwerkes eines der derzeit zehn ordentlichen Mitglieder, sein Geschäftsführer seit dem Jahr 2021 einer von zwei Vorsitzenden des eingetragenen Vereines.

In dieser Funktion hat er im Jahr 2025 folgende Aufgaben und Termine wahrgenommen:

- Ganzjährig: Inhaltliche Begleitung des Projekts *„Antidiskriminierungsberatungsbüro Rheinland-Pfalz“* (ADB Rheinland-Pfalz);
- 1. Quartal 2025: Erarbeitung und Durchführung einer Kampagne *„Gleichbehandlung sichern und Diskriminierungsschutz umsetzen! Demokratie stärken! - Für ein Landesgleichbehandlungsgesetz/ Landesgesetz für Chancengleichheit in Rheinland-Pfalz“*;
- 2. Quartal 2025: Erarbeitung von Informationsmaterialien und Informationsstand im Landtag Rheinland-Pfalz anlässlich des Landesverfassungstages am 18. Mai 2025;
- 2. Halbjahr 2025: Erarbeitung von Kooperationsvereinbarungen mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Rheinland-Pfalz und deren öffentliche Bekanntmachung durch begleitende Pressemitteilungen:
 - August 2025: Kooperationsvereinbarung mit der *Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in RLP*;
 - 27. November 2025: Kooperationsvereinbarung mit der *IB Südwest gGmbH für Bildung und soziale Arbeit / Betrieb Rheinhessen*;
 - 15. Dezember 2025: Kooperationsvereinbarung mit dem *Landessportbund Rheinland-Pfalz*;
- 17. Februar 2025: Inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung Austauschtreffens der Mitglieder des *NdRLP e.V.*;
- 24. April 2025: Inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer Sitzung des Vorstands des *NdRLP e.V.*;
- 8. Mai und 24. September 2025: *„Arbeitsebenen-Gespräche“* mit den Leitungen der Abteilung *„Familie“* und der *Landeantidiskriminierungsstelle* im rheinland-pfälzischen *Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (MFFKI)*;
- 8. Mai 2025: Gespräch mit der Familienministerin Katharina Binz zum Thema *„Austausch über den Stand und die perspektiven der Antidiskriminierungsarbeit in Rheinland-Pfalz“*;
- 8. Mai 2025: Inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung Austauschtreffens der Mitglieder des *NdRLP e.V.*;

- 3. Juni 2025: Inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer Sitzung des Vorstands des *NdRLP e.V.*;
- 26. August 2025: Inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung eines Austauschtreffens der Mitglieder des *NdRLP e.V.*;
- 01. Oktober 2025: Gespräch mit Bildungsminister Sven Teuber zum Thema „*Fort- und Weiterbildung von Lehrenden zum Thema „Antidiskriminierung“*“;
- 01. Oktober 2025: Inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer Sitzung des Vorstands des *NdRLP e.V.*;
- 08. Dezember 2025: Gespräch mit Justizminister Philipp Fernis zum Thema „*Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt*“;
- 15. Dezember 2025: Inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der satzungsgemäßen Jahresmitgliederversammlung des *NdRLP e.V.*;
- 15. Dezember 2025: Inhaltliche Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer Sitzung des Vorstands des *NdRLP e.V.*.

Wichtiger Hinweis: Im Berichtszeitraum 2025 gab es keine finanziellen oder sonstigen Zuführungen von Mitteln und Ressourcen des *NdRLP e.V.* an den *Initiativausschuss* bzw. den „*Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit in RLP e.V.*“ oder an eine*n seiner Mitarbeiter*innen.

Personalausstattung und Zuwender*innen im Berichtszeitraum

Die Arbeit des *Initiativausschusses* wurde im Jahr 2025 hauptsächlich durch die institutionelle Förderung seines Trägervereins - „*Verein zur Förderung der interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.*“ - durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz (MFFKI) ermöglicht.

Neben Honorareinnahmen, Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhielt der *Initiativausschuss* im Berichtsjahr zudem weitere Zuwendungen von

- der Diakonie Hessen,
- der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau,
- dem Bistum Mainz,
- dem Caritasverband der Diözese Trier und
- der Lotto-Stiftung Rheinland-Pfalz,

ohne die seine Arbeit für Solidarität und Gleichberechtigung in diesem Umfang nicht möglich wäre.

In der Geschäftsstelle waren im Berichtszeitraum Torsten Jäger (Geschäftsführer) sowie Ann-Christin Bölter (rechtspolitische Referentin) mit je einer vollen Stelle beschäftigt.

Der *Initiativausschuss* bedankt sich bei allen Mitgliedern des „*Vereins zur Förderung der interkulturellen Arbeit in Rheinland-Pfalz e.V.*“ sowie bei allen Spender*innen und Zuwender*innen für die Unterstützung seiner Arbeit im Jahr 2025.

20

Der Geschäftsführer des *Initiativausschusses* bedankt sich darüber hinaus

- bei allen Mitgliedern des Sprecher*innen-Kreises und den Kooperationspartner*innen des *Initiativausschusses* für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie
- bei der rechtspolitischen Referentin des *Initiativausschusses* für ihre langjährig und andauernd in herausragendem Maße engagierte und kompetente Mitarbeit.

Mainz, den 5. August 2026